

## Zitat des Tages

„Man setzt die wirtschaftliche Ausbeutung des Kontinents auch nach dem Ende der Kolonialzeit fort.“

Ex-CDU-Politiker **Charles M. Huber** nennt Europas Probleme mit Migration aus Afrika auch hausgemacht.

## Politik kompakt

Verfassungsschutz

## Fast 2000 DDR-Spione waren Doppelagenten

Die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes hat bis zum Untergang der DDR fast 2000 Quellen und Agenten Ostdeutschlands als Doppelagenten angeworben. Das geht aus einer Analyse bislang unveröffentlichten Akten des Inlandsgeheimdienstes durch den Historiker Michael Wala (Ruhr-Universität Bochum) hervor. Demnach gab es mehr als 150 ehemalige Mitarbeiter des DDR-Auslandsdienstes (Hauptverwaltung Aufklärung, HVA), „die ihr Wissen für hohe Geldbeträge teilweise schon vor 1989 an die Spionageabwehr verkauft und so dafür sorgten, dass von der stolzen HVA nur ein Scherbenhaufen übrig blieb“. In seinem Buch „Der Stasi-Mythos. DDR-Auslandsspionage und der Verfassungsschutz“ hält Wala fest, dass die Schleusung neuer Agenten in den Westen nach 1976 „dank der Erfolge der Spionageabwehr“ drastisch zurück ging. (dpa)



Er war einer der bekanntesten DDR-Spione: Günter Guillaume. Foto: dpa

Bildung

## 1400 Schulleiter-Posten sind nicht besetzt

Rund 1400 Schulleitungsposten sind bundesweit nicht besetzt oder werden nur kommissarisch vertreten. Das ergab eine Umfrage des Spiegel unter den Kultusministerien. Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen mit rund 360 offenen Stellen, gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 220 und Niedersachsen mit etwa 150. Etwa jede 19. der rund 27.000 öffentlichen Schulen sucht demnach einen Rektor. Mehr als die Hälfte der vakanten Stellen betrifft Grundschulen. In Hamburg war zum Schuljahresbeginn hingegen nur eine Rektorenstelle unbesetzt. Den Grund sieht die Schulbehörde darin, dass die Leitungsstellen in Grundschulen im bundesweiten Vergleich in Hamburg sehr gut bezahlt seien. Zudem könnten Rektoren selbst entscheiden, ob sie zusätzlich zur Leitung regulären Unterricht erteilen. Dies sei für die allermeisten Schulleiter sonst Pflicht. (dpa)

## Das Datum

## 7. Oktober

**1993** Als erster Afroamerikaner wird der Schriftstellerin Toni Morrison in Stockholm der Literatur-Nobelpreis zuerkannt.

**2003** Filmschauspieler Arnold Schwarzenegger gewinnt mit 48,6 Prozent die vorgezogenen Gouverneurswahlen in Kalifornien.

## 8. Oktober

**1923** In Berlin wird der Flughafen auf dem Tempelhofer Feld eröffnet.

**2013** Das EU-Parlament beschließt, dass auf Zigarettenpackungen künftig Schockfotos mit Raucherlungen, vergammelten Zähnen oder Krebsstumoren zu sehen sein müssen.

# „Ost und West sind unendlich verflochten“

Die Historikerin Christina Morina erklärt, warum sich die Debatten über innerdeutsche Befindlichkeiten oft im Kreis drehen und warum die AfD in den ostdeutschen Ländern so viel Zuspruch erfährt.

**Frau Morina, es gibt viele Bücher über das Verhältnis zwischen den Ost- und Westdeutschen. Warum haben Sie mit „Tausend Aufbrüche“ jetzt ein weiteres hinzugefügt?**

**Christina Morina:** Mir geht es in erster Linie nicht um das Verhältnis zwischen Ost und West, sondern um eine verbindende Perspektive auf die im doppelten Sinne geteilte Geschichte Ost- und Westdeutschlands. Ich wollte die Frage nach der jüngeren deutschen Demokratie neu stellen. Eine Frage, die unweigerlich in die Gegenwart führt und zu den aktuellen Problemen.

**Der Chef der Bundestagsfraktion der Linken, Dietmar Bartsch, sagte jüngst, „Die Unterschiede zwischen Ost und West sind wie einbetoniert“. Hat er recht?**

**Morina:** Nein. Das Ost-West-Verhältnis würde ich nicht so statisch beschreiben. Ich glaube, die Verbindungen zwischen Ost- und Westdeutschland sind viel stärker als das Trennende, sind inzwischen unendlich verflochten auf allen Ebenen. Was mich an solchen Aussagen stört, ist, dass damit der Zustand, den man kritisiert, verfestigt wird.

**Trifft der Vorwurf vieler Ostdeutscher zu, dass sich die „Wessis“ viel weniger für den Osten interessieren als umgekehrt?**

**Morina:** Das hatte am Anfang historische Gründe. Schließlich konnten die Bürger in Westdeutschland vor 1989 überallhin, die Ostdeutschen nicht. Hinzu kommt, dass die Ostdeutschen – damals nur rund 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung – anteilig auch viel mehr Verwandte im Westen hatten als umgekehrt. Und da war die große Anziehungskraft der westlichen Demokratie und des Wohlstands. Ich habe aber in vielen Gesprächen die Erfahrung gemacht, dass man sich auch im Westen – trotz oder gerade aus Irritation – sehr für den Osten interessiert.

**Es gibt unzählige Analysen, dass die Wiedervereinigung das Leben für die Bewohner der DDR nach 1990 umgestülpt hat. Inwiefern aber hat die alte Bundesrepublik ihr Gesicht verändert?**



Auf gleicher Höhe? Lokomotiven der Deutschen Reichsbahn (DDR) und der Deutschen Bahn (Bundesrepublik) nach der Wende vor der entscheidenden Weiche. Foto: Hubert Link, dpa

**Morina:** Auch sie hat sich stark verändert. Die neue globale Rolle, die Belastungen durch die Kosten der Einheit, der forcierte Strukturwandel in der Industrie. Es ist nötig, auch darüber auf Augenhöhe zu sprechen, die Sicht der jeweils anderen Seite zur Kenntnis zu nehmen, die manchmal gar nicht so anders ist. Ich beschäftige mich in meinem Buch zum Beispiel mit der knappen Entscheidung für die Hauptstadt Berlin. Bonn stand ja symbolisch für eine insgesamt gelungene Demokratie. Dennoch nach Berlin umzuziehen, das war für viele auch ein Abschied, das Ende der sogenannten Bonner Republik.

**Die AfD steht aktuell in Sachsen oder Thüringen in Umfragen jenseits der 30-Prozent-Marke. Erschreckt Sie der große Zuspruch für eine in Teilen rechtsextreme Partei?**

**Morina:** Es ist für mich persönlich besorgniserregend und traurig, dass so viele Menschen glauben,

diese sogenannte Alternative sei tatsächlich eine Alternative. Und da denke ich nicht allein an die Forderungen der Partei. Mich stört auch der Ton, die Rohheit, die sie in die öffentliche Debatte gebracht hat, etwa wenn Alice Weidel die Regierung als Idioten und Wahnsinnige diffamiert. Würden solche Worte im Alltag fallen, hätte man Angst, dass eine Prügelei droht.

**Sie beschreiben einen spezifischen Demokratiebegriff, der in der DDR lebendig blieb. Was meinen Sie damit?**

**Morina:** Das diktatorische Regime präsentierte die DDR als „sozialistische Republik“ und beschwor „Volksdemokratie“. Mich interessiert, welche Bedeutung dieser scheinheilige Demokratie-Diskurs in der Gesellschaft hatte. Viele Menschen hielten das für ein berechtigtes Ideal, viele wussten aber auch, dass die Realität nichts mit Demokratie zu tun hatte. Diese Vielfalt geht aus der sehr diversen Bürgerpost hervor, die ich aus der

DDR-Zeit für die 80er-Jahre ausgewertet habe. Völlig abgewandt haben sich die meisten dennoch nicht, sie wollten einen Beitrag dazu leisten, dass es besser wird. Es gab also ein facettenreiches, widersprüchliches Reden über Demokratie in der DDR.

**Sie vertreten die These, dass die AfD mit ihren Forderungen nach Volksdemokratie und Volksabstimmungen geschickt Begriffe verwendet, die in Ostdeutschland einen guten Klang haben.**

**Morina:** Der Demokratie-Diskurs war in der DDR sehr stark volks- und im Herbst 89 dann vor allem basisdemokratisch geprägt. Heute ist die AfD die einzige nennenswerte Partei, die „wahre“ Volkssouveränität und direkte Demokratie propagiert. Sie fordert Volksabstimmungen und die Direktwahl des Bundespräsidenten. Meine These ist, dass in dieser Rhetorik ein Grund dafür liegt, warum die AfD im Osten zehn, 15 Prozent mehr erhält als im Westen.

Diese Differenz ist der Punkt, der mich besonders beschäftigt, denn sie macht den Unterschied zwischen Ost und West aus.

**Auch in der DDR gab es eine Neonazi-Szene. Wie ist über die Verbrechen der Nazis aufgeklärt worden und wie wirkt dieser Umgang mit der Vergangenheit heute nach?**

**Morina:** Die Frage nach Kontinuitäten ist schwer zu beantworten, dazu wird derzeit viel geforscht. Es gab in der DDR eine Neonazi-Subkultur, im Westen eher Netzwerk- und Parteistrukturen. Beides konnte nach 1990 zusammenkommen, Teile der Neonazi-Szene des Westens sind 1990 nach Ostdeutschland gezogen und haben sich dort festgesetzt. Es kommt nicht von ungefähr, dass die AfD und ihre intellektuellen Zulieferer – personell und ideologisch – in den 90er-Jahren Wurzeln im Osten geschlagen haben.

**Was ist zu tun, um die Wunden zwischen Ost und West zu heilen?**

**Morina:** Ich glaube nicht, dass man mit dem Reden über diese Wunden Dinge wirklich verändern kann. Am Ende ist es wichtig, dass so viele Menschen wie möglich die Erfahrung machen oder auch nur darauf vertrauen, sie können die Grundlagen der Gesellschaft, in der sie leben, mitgestalten. Wir sollten stärker debattieren, wo Gemeinsamkeiten liegen, aber auch, wie wir Interessenkonflikte vernünftig aushandeln und wie diese Gesellschaft zukünftig aussehen soll. Ich glaube, solche Gespräche gelingen besser, wenn sie auch historisch informiert sind. Dazu will ich etwas beitragen.

Interview: Simon Kaminski

## Zur Person



**Christina Morina, 47,** geboren in Frankfurt an der Oder, und Konfliktforscherin an der Universität Augsburg. Einer der Forschungsschwerpunkte der Historikerin ist die politische Kulturgeschichte des geteilten und vereinigten Deutschlands.

## Frau, Leben, Freiheit

Entgegen aller Widerstände des Staates kämpfen Frauen im Iran für ihre Rechte. Die inhaftierte Narges Mohammadi ist eine ihrer prominentesten Stimmen. Nun erhält sie für ihren mutigen Einsatz den Friedensnobelpreis.

**Oslo** Die inhaftierte Frauenrechtsaktivistin Narges Mohammadi aus dem Iran erhält den Friedensnobelpreis 2023. Sie bekommt den prestigeträchtigen Preis „für ihren Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen im Iran und ihren Kampf für die Förderung der Menschenrechte und der Freiheit für alle“, wie die Vorsitzende des norwegischen Nobelkomitees, Berit Reiss-Andersen, bei der Bekanntgabe in Oslo sagte.

Narges Mohammadi ist eine der bekanntesten Menschenrechtsaktivistinnen im Iran und wurde bereits mehrfach inhaftiert. Aktuell verbüßt die 51-Jährige eine langjährige Haftstrafe im berüchtigten Ewin-Gefängnis in Teheran. Ende 2022, während der landesweiten Aufstände gegen Irans Machtapparat, brachte sie einen Bericht ans Licht, der mutmaßliche Folter an Dutzenden Frauen im Hochsicherheitsgefängnis aufdeckte.

Schon seit ihrer Zeit als Studentin vor rund drei Jahrzehnten habe

Mohammadi ein Leben mit einem „kalkulierten Risiko“ geführt, sagte Reiss-Andersen bei der Bekanntgabe. „Ihr mutiger Kampf ist mit enormen persönlichen Kosten eingegangen.“ Insgesamt 13 Mal sei sie festgenommen und 5 Mal verurteilt worden. Die Strafen beliefen sich auf zusammengenommen 31 Jahre Gefängnis und 154 Peitschenhiebe.

Die Komitee-Vorsitzende machte deutlich, dass der Nobelpreis auch die gesamte Bewegung würdige, die unter dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ auf die iranischen Straßen gegangen war. „Dieser Preis ist in erster Linie eine Anerkennung der sehr wichtigen Arbeit einer ganzen Bewegung im Iran mit ihrer unangefochtenen Anführerin Narges Mohammadi“, sagte Reiss-Andersen.

Die Bundesregierung begrüßte die Wahl. „Die Auszeichnung von Frau Mohammadi steht auch stellvertretend für alle mutigen Frauen Irans, die sich für Gleichberechtigung und Menschenrechte einsetzen“, sagte stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann in Berlin. Dies geschehe oft unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit. Beim Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri stieß die Auswahl von Mohammadi ebenfalls auf Zustimmung. „Narges Mohammadi ist eine herausragende Person, mutig bis hin zum Heldentum und seit mehr als 25 Jahren eine führende Persönlichkeit in der iranischen Bewegung für Menschenrechte und Geschlechtergleichstellung“, sagte Sipri-Direktor Dan Smith. Es stehe außer Zweifel, dass Mohammadi eine außergewöhnliche Persönlichkeit sei. Die Vereinten Nationen forderten nach der Bekanntgabe die Freilassung von Mohammadi und aller inhaftierten Menschenrechtsverteidiger im Iran. „Frauen im Iran sind eine Inspiration für die Welt“, sagte Liz Throssell, Sprecherin des UN-Büros für Menschenrechte, in Genf.



Der Friedensnobelpreis geht in diesem Jahr an die Frauenrechtsaktivistin Narges Mohammadi aus dem Iran. Foto: Vahid Salemi, dpa

Angesichts einer angespannten Weltlage mit Ukraine-Krieg, Klimakrise und Konflikten in verschiedenen Erdteilen waren in diesem Jahr 259 Persönlichkeiten und 92 Organisationen für den Friedensnobelpreis im Rennen. Die Gesamtzahl von 351 Kandidatinnen und Kandidaten war die zweithöchste jemals. Wer unter den Nominierten ist, wird von den Nobel-Institutionen traditionell 50 Jahre lang geheim gehalten.

Der Friedensnobelpreis gilt als wichtigster politischer Preis der Erde. Im vergangenen Jahr waren der inhaftierte belarussische Menschenrechtsanwalt Ales Bjaljzki sowie die Menschenrechtsorganisationen Memorial aus Russland und Center for Civil Liberties aus der Ukraine ausgezeichnet worden. Sie wurden damit unter anderem für ihren Einsatz für die Zivilgesellschaften in ihren Heimatländern, das Recht auf Machtkritik und den Schutz der Grundrechte der Bürger geehrt. (dpa)